



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 26.01.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Online-Sitzung

ÖFFENTLICH

TOP 1

„Ludwigsburg geht weiter – wir gestalten Zukunft“
(Vorberatungen)

Vorl.Nr. 354/20

Beschlussempfehlung:

1. a) Die Stadt Ludwigsburg führt einen strategischen Stadtentwicklungsprozess unter dem Titel „Ludwigsburg geht weiter – wir gestalten Zukunft“ durch, der an das Stadtentwicklungskonzept „Chancen für Ludwigsburg“ anknüpft und einen neuen Dialog zwischen Bürgerschaft, Gemeinderat und Verwaltung umsetzt. Ziel des bis Ende 2022 dauernden Prozesses ist die Erarbeitung einer aktualisierten, gesamtstädtisch getragenen Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung, inklusive eines genehmigungsfähigen Haushalts für 2023.

b) Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushalt 2022 im 1. Quartal 2021 bereits erste Schritte des Strategieprozesses mit dem Gemeinderat so zu beginnen, dass diese bereits zur Haushaltsplanung 2022 Entscheidungsgrundlagen liefern.
2. Die Vorbereitung und Umsetzung des Prozesses „Ludwigsburg geht weiter – wir gestalten Zukunft“ erfolgt in enger Abstimmung zwischen der Verwaltung und dem Gemeinderat, der alle grundlegenden Entscheidungen zum Prozess trifft. Zudem erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung durch die Verwaltung zur Umsetzung des Prozesses in Form von Werkstattberichten.
3. Der Gemeinderat stimmt den von der Verwaltung in der Begründung unter Ziffer 3. vorgeschlagenen nächsten Schritten zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung findet in einem Onlineformat als Videositzung statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. OBM Dr. Knecht prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und stellt fest, dass das Gremium beschlussfähig ist. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt.

Einleitend zu Tagesordnungspunkt 1 erläutert OBM **Dr. Knecht**, dass die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts unter dem Titel „Ludwigsburg geht weiter – wir gestalten Zukunft“ sowohl kurzfristige als auch langfristige Elemente enthalte. Insgesamt werde eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung der Stadt damit unterstützt und auf eine breite bürgerschaftliche und politische Basis gegründet. Im Sinne einer lernenden Verwaltung stehe dabei das Thema Digitalisierung als zentrales Element in der Untersuchung. Dadurch könne ressourcenschonend und flexibel gearbeitet werden und die Begehren aus der Bürgerschaft aufgenommen werden. Gerade in der Pandemie habe sich die Wichtigkeit dieses Themas gezeigt.

Herr **Heß** (Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen) zufolge habe es eine stetige Anpassung der Masterpläne im Laufe des Stadtentwicklungsprozesses gegeben. Dies zeige den prozesshaften Charakter, die auch für die Fortschreibung angewandt werden soll.

Im Folgenden erläutert Frau **Seyfang** (Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen) die weiteren Schritte und Maßnahmen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere geht sie auf die Schwerpunktsetzung ein, durch einen intensiven Dialog die Bürgerschaft, Verwaltung und den Gemeinderat aktiv einzubinden. Dabei sollen auch sog. „stille Gruppen“ in den Blick genommen werden. Überwiegend wolle man das bestehende Beteiligungsformat via meinlb.de weiterentwickeln. Abschließend zeigt sie die Inhalte der Leipzig Charta auf und erläutert einzelne Punkte.

OBM **Dr. Knecht** betont, dass im Prozess die laufende Haushaltskonsolidierung zusammen mit der strategischen Ausrichtung beraten werde. Er eröffnet sodann die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** lobt den sprechenden Titel der Fortschreibung. Obwohl das Thema abstrakt wirke, sei es das Gegenteil. Es gehe um konkrete Ziele und was man daraus macht – sowohl bis 2024, aber auch darüber hinaus. Die gemeinsame Erarbeitung von Zielen diene auch dazu, diese besser nach außen zu kommunizieren. Der finanzielle Druck sei momentan sehr hoch, um frühzeitig gute Entscheidungen zu treffen. Die Gemeinwohlorientierung sollte im Zentrum stehen. Eine erste Schwerpunktsetzung auf die Themen Wohnen und Flächenumgang sei positiv. Die Stadtteilausschüsse seien ein gutes Format, zur Vervollständigung sollte auch die Innenstadt einen eigenen Stadtteilausschuss erhalten. Stadtrat Prof. Vierling schlägt vor, ggf. von der Parteienbindung abzuweichen und zufällig ausgewählte Personen zu benennen. Klar sei, dass nur mit der Stadtbevölkerung der Prozess erfolgreich werde. Bei den Bereichen Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt würde er Konkretisierungen befürworten. Er bittet darum, die Ideenskizze Post-Corona-Stadt dem Gemeinderat zur Verfügung zu stellen.

Stadträtin **Dr. Klünder** hält den ganzen Prozess für richtig und wichtig. Sie bemängelt die teilweise schwerverständlichen Vorlagen. Gleichwohl setzt sie große Hoffnungen auf den Erfolg der Fortschreibung. Durch die Beteiligung auch der wenig gehörten oder stillen Gruppen sieht sie eine Weiterentwicklung. Stadträtin Dr. Klünder fragt, wie viel konkret aus den zuvor stattgefundenen Zukunftskonferenzen umgesetzt wurde. Essentiell sei, dass die Beteiligung auch Effekte haben müsse; daher sei ein ergebnisorientiertes Arbeiten erforderlich.

Der Blick müsse sich laut Stadtrat **Weiss** bis 2024 und darüber hinaus und auf einen genehmigungsfähigen Haushalt richten. Den Dialog hält er für sehr wichtig. Grundlage seien die 17 Zielsetzungen der Masterpläne, die operativen Ziele seien hier sehr sportlich. Städte seien

insgesamt enorm wichtig in Europa als transformative Kräfte. Dazu zählten die produktive Stadt mit Gewerbe, Infrastruktur, Bildung und der Kampf gegen die Erderwärmung.

Für Stadtrat **Dr. O'Sullivan** ist positiv, dass die Bürgerinnen und Bürger stärker als vorher und anders eingebunden werden. Die Ziele werden sich aufgrund der angespannten Haushaltslage auch in Ausgabenkürzungen zur Aufrechthaltung der städtischen Aufgaben widerspiegeln. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass städtische, offene Aufenthaltsräume sehr wichtig seien. Er hofft, dass nicht nur der Aspekt der Haushaltskonsolidierung im Vordergrund der Entscheidungen stehe, sondern auch positive Beschlüsse gefasst werden können.

Stadtrat **Haag** signalisiert Zustimmung und hebt hervor, dass die Stadt hier gestalten und aktiv agiere. Er plädiert dafür, mehr Beteiligungsformate durchzuführen und auch neue Formate auszuprobieren; es sollte auf eine Darstellung der Realität geachtet werden. Grundsätzlich sieht er einen Dualismus bei der Umsetzung zwischen den hehren Zielen und dem konkreten Zeitplan.

OBM **Dr. Knecht** zufolge seien die strategischen Schwerpunkte sehr wichtig.

Herr **Heß** greift auf, dass der Realitätsbezug auch die Frage der Glaubwürdigkeit des gesamten Prozesses aufgreife. Der Bezug zum Machbaren müsse sich durch das ganze Verfahren ziehen. Für eine künftige offene und transparente Diskussion sei die Stadt offen. Die Verwaltung wolle regelmäßig über die Arbeitsstände informieren.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Rückmeldungen aus den Fraktionen und lässt sodann über den Beschlussvorschlag (Vorl.Nr. 354/20) abstimmen. Die Vorl.Nr. 370/20 und 312/20 werden zur Kenntnis genommen.

TOP 1.1	- Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts: Kenntnisnahme der aktuellen strategischen und operativen Ziele als Ausgangsversion für den Weiterentwicklungsprozess	Vorl.Nr. 370/20
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 1.

TOP 1.2	- Information zur neuen Leipzig-Charta	Vorl.Nr. 312/20
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 1.

Beschlussempfehlung:

Die fahrgastbezogene Bezuschussung für die städtischen Bediensteten wird von 01.03.2021 bis 31.12.2022 auf 60% einer persönlichen Monats- und Jahreskarte, höchstens 70 Euro pro Monat festgelegt. Die Pauschalsteuer sowie Beiträge werden vom Arbeitgeber getragen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf und berichtet, dass die Kürzung des Fahrtkostenzuschusses an die Mitarbeiter nicht leicht falle und der Haushaltskonsolidierung geschuldet sei. Geplant sei auch nur eine befristete Kürzung. Die Tatsache, dass es diese Freiwilligkeitsleistung gibt, sei erfreulich.

Es folgt ein Bericht durch Herrn **Nitzsche** (Fachbereich Organisation und Personal), der die Vorlage 490/20 erläutert. Insgesamt halte man die befristete Kürzung auf 60 % für verträglich. Der Zuschuss spiele eine wichtige Rolle bei der Personalgewinnung und bei der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Der Personalrat habe im Vorfeld zugestimmt, die Belegschaft trage so auch einen Teil der Haushaltskonsolidierung mit.

Stadtrat **Prof. Vierling** hält die Kürzung für keine gute Entscheidung. Er stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Beschlussvorlage, da die Thematik gesamthaft in einer Vorlage dargestellt werden solle. Im Laufe der Beratung wird dieser von ihm zurückgenommen. Stadtrat Prof. Vierling zufolge werde der öffentliche Verkehr dadurch benachteiligt; die Auswirkungen könnten signifikant sein. Fraglich sei, wie sich Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pandemie mit ausgeweitetem Homeoffice entwickle. Für ein Signal an den ÖPNV und den Klimaschutz sollte auf die Kürzung verzichtet werden.

Die Stadt Ludwigsburg solle ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, meint Stadtrat **Herrmann**. Hierfür helfen viele Großzügigkeiten der Stadt für ihre Mitarbeiter. Zur Gesamtabwägung gehöre, dass die Stadt eher unattraktiv für Autonutzer – auch umweltfreundlicher E-Autos – sei. Mit einem Fahrtkostenzuschuss von dann 60 % sei die Stadt immer noch Spitzenreiter im Umfeld. Er bittet darum, die Kürzung nach der Pandemie als erstes wieder in den Blick zu nehmen.

Auch mit der Kürzung bleibt die Stadt ein attraktiver Arbeitgeber, so Stadtrat **Lutz**. Er bittet darum, keine Grundsatzdiskussion zu führen und hält die Auswirkungen in absoluten Zahlen für überschaubar. Unter der Voraussetzung der Befristung, und da der Personalrat beteiligt gewesen sei, könne er der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Haag** signalisiert ebenso aufgrund der Beteiligung der Mitarbeiter am Konsens Zustimmung. Die Entscheidung werde niemanden zum Autokauf verleiten.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** hält die Befristung der Kürzung für positiv. Da der Personalrat zugestimmt habe, sei eine Grundsatzdiskussion unnötig und er stimme der Vorlage zu. Wichtig sei, dass die Belegschaft die Entscheidung mittrage.

Die Stadt sollte diesen Trumpf für gute Verwaltungsmitarbeiter nicht verspielen, meint Stadtrat **Girrbach**. In der Stadt und Region seien die Lebenshaltungskosten ohnehin hoch, daher werde er die Vorlage ablehnen.

Für OBM **Dr. Knecht** sei es ein Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts und das Ziel sei, die Kürzung wieder zurückzunehmen, sobald dies die Haushaltslage erlaubt.

Stadtrat **Prof. Vierling** zufolge solle die Maßnahme vergleichbar gemacht werden anhand der Nutzerzahlen von ÖPNV- und Stellplatzbezuschussung und er fragt, wie hoch die Zuschussung eines Autostellplatzes betrage.

Stadtrat **Weiss** führt aus, dass die Besoldung nur einer von sieben gleich wichtigen Aspekten bei der Jobsuche sei.

Herr **Nitzsche** antwortet, dass 2020 von 566 Mitarbeitern ein Antrag auf Fahrtkostenzuschuss gestellt wurde, 80 bis 100 Mitarbeiter nutzen einen Stellplatz, dieser sei mit 40 Euro im Monat bezuschusst, was dem Verkehrswert entspricht.

Der Beschluss sollte dahingehend konkretisiert werden, dass es sich um eine Kürzung um 10 Prozentpunkte handelt, betont Stadtrat **Dogan**.

Dies herausstellend lässt OBM **Dr. Knecht** nach der Aussprache über die Vorlage abstimmen. Er schließt anschließend den öffentlichen Teil der Sitzung.